

SPD-BUNDESPARTEITAG: DIE WICHTIGEN BESCHLÜSSE – EINE ÜBERSICHT

HALBZEITBILANZ BESCHLOSSEN ZUKUNFTSAUFGABEN FÜR DIE REGIERUNG

Die SPD will deutlich mehr Investitionen für bessere Schulen, für Straßen, Schienen, schnelles Internet – und für den Klimaschutz. Außerdem soll der Mindestlohn perspektivisch auf 12 Euro steigen. Darüber soll jetzt mit der Union gesprochen werden.

Die SPD will zur Halbzeit der Großen Koalition mit CDU und CSU verhandeln, welchen neuen Aufgaben sich die Bundesregierung in den kommenden zwei Jahren zusätzlich stellen muss. Denn: Seit Abschluss des Koalitionsvertrages vor 20 Monaten „haben sich die politischen Rahmenbedingungen weiter verändert“, so die Feststellung im Parteitagsbeschluss zur Halbzeitbilanz.

VIEL GESCHAFFT...

Dabei ist die bisherige Arbeit der sozialdemokratischen Ministerinnen und -Minister überaus überzeugend – die SPD hat viel geschafft. Denn schon nach zwei Jahren seien die zum Start der Regierung verhandelten Punkte „in großen Teilen mit großem Erfolg umgesetzt“ worden, so die Bilanz. Ein stabiles Rentenniveau zum Beispiel, die Grundrente, Entlastung bei den Krankenversicherungsbeiträgen, Soli-Abschaffung für alle mit kleinen und mittleren Einkommen, der Kohleausstieg, Milliardeninvestitionen in gute Kitas oder auch der Mindestlohn für Auszubildende.

Andere Festlegungen im Koalitionsvertrag müssen noch erledigt werden – die Eindämmung von sachgrundlos befristeten Arbeitsverträgen etwa

... UND VIEL VOR

Und zusätzlich gibt es neue Aufgaben, die auf dem Tisch liegen. Darüber will die SPD jetzt mit CDU und CSU verhandeln. Dabei geht es zum Beispiel um deutlich mehr Investitionen in Schulen, in schnelles Internet und eine moderne Verkehrsinfrastruktur. Forschungsinstitute fordern mehrere hundert Milliarden Euro zusätzlich in den nächsten zehn Jahren. Und es geht um eine gerechte und wirksame Klimapolitik. Dafür soll beispielsweise der CO₂-Preis deutlich höher sein – mit einem sozialen Ausgleich, damit sich das auch alle mit kleinen Einkommen leisten können. Und der Mindestlohn soll nach und nach steigen – perspektivisch auf 12 Euro.

Darüber wollen jetzt die neuen Parteivorsitzenden, gemeinsam mit Fraktionschef Rolf Mützenich und Vizekanzler Olaf Scholz, Gespräche mit der Union führen. Anschließend wird der Parteivorstand bewerten, ob diese wichtigen Zukunftsaufgaben in der Großen Koalition noch angepackt werden können.

EIN NEUER SOZIALSTAAT FÜR EINE NEUE ZEIT ARBEIT – SOLIDARITÄT – MENSCHLICHKEIT

Unser Sozialstaat muss Partner der Menschen sein. Darum hat die SPD auf ihrem Parteitag einstimmig beschlossen, Hartz IV zu überwinden und ein Bürgergeld einzuführen. Solidarität, Zusammenhalt, Menschlichkeit – das sind die Grundsätze für unseren Sozialstaat der Zukunft. Mehr Chancen, mehr Sicherheit und mehr Gerechtigkeit mit einem Sozialstaat als Partner. Das steht für uns im Mittelpunkt.

Konkret heißt das:

- Anerkennung von Lebensleistung: Wer lange gearbeitet hat, bekommt auch länger Arbeitslosengeld. Leistungsgerechtigkeit steht im Mittelpunkt.
- Mehr Chancen in der Arbeitswelt: Mit dem Recht auf Weiterbildung sorgen wir dafür, dass wirtschaftliche Veränderungen keine Angst machen müssen.
- Mehr Respekt durchs Bürgergeld: Wir setzen an die Stelle von Hartz IV ein neues Bürgergeld. Es ist aus der Perspektive der Menschen gedacht, die den Sozialstaat brauchen. So lange es Hartz IV noch gibt, sollen mögliche Sanktionen das Existenzminimum nicht mehr gefährden dürfen.
- Kinder absichern: Kein Kind darf in einem reichen Land wie unserem in Armut aufwachsen. Darum schaffen wir eine neue Kindergrundsicherung. Für ein gutes und gesundes Aufwachsen, für beste Bildung und Chancen.
- Wert der Arbeit stärken: Wir sichern den Wert der Arbeit – indem mehr Menschen von guten Tarifverträgen profitieren. Und durch einen deutlich höheren Mindestlohn.
- Arbeit, die zum Leben passt: Wir bringen die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf die Höhe der Zeit: mit einem Recht auf Home-Office und Nichterreichbarkeit. Und mit einem persönlichen Zeitkonto für alle Beschäftigten.
-

Unsere Arbeit an der Zukunft hat ein klares Ziel: Wir wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land erneuern und für die Zukunft stärken.

BIS ZU 478 EURO PRO KIND SOZIALDEMOKRATISCHE KINDERGRUNDSICHERUNG BESCHLOSSEN

Deutschland soll das kinderfreundlichste Land in ganz Europa werden. Und dazu gehört, dass kein Kind in Armut aufwachsen muss und alle die gleichen Chancen haben – egal, ob die Eltern viel oder wenig Geld haben. Dafür hat der Parteitag einstimmig die Einführung einer sozialdemokratischen Kindergrundsicherung beschlossen. Als einen „Systemwechsel“, beschrieb Malu Dreyer das Konzept.

Gute und beitragsfreie Kitas und Ganztagsangebote an Schulen gehören dazu. Kostenfreie Tickets für Busse und U-Bahnen. Sportvereine, Schwimmbäder oder Kultureinrichtungen, die sich alle leisten können. Und es geht darum, vor allem Familien, die wenig Geld haben, finanziell besser zu unterstützen: mit einem „neuen Kindergeld“, das einfacher ist als die vielen Einzelleistungen bisher. Und gerechter! Denn bisher bekommen Kinder von

Spitzenverdienern mehr Geld als andere. Künftig sollen aber die am meisten bekommen, die es brauchen. Und das heißt: Bis zu 478 Euro im Monat pro Kind.

BESSERE INFRASTRUKTUR UND MEHR ANGEBOTE FÜR ALLE KINDER

Niemand soll ausgeschlossen werden, alle sollen mitmachen können – egal, ob in der Schule, auf dem Weg dorthin, am Nachmittag im Sportverein, in der Musikschule oder am Wochenende im Freizeittreff.

Gute und gebührenfreie Bildung treibt die SPD schon lange voran – von der Kita bis zum Meister oder Master. Im Koalitionsvertrag hatte sie bereits den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder durchgesetzt. Und auch dafür sollen perspektivisch die Gebühren wegfallen. Nach dem neue Konzept soll auch der Öffentliche Nahverkehr – Busse und Bahnen – für Kinder und Jugendliche kostenfrei werden, für den Schulweg ebenso wie für die Freizeit.

Kultur-, Sport- und Freizeitangebote sollen alle Kinder nutzen können – egal, wie viel die Eltern verdienen. Dafür soll eine Kinderkarte sorgen: für jedes Kind mit einem monatlichen Guthaben von 30 Euro. Davon kann zum Beispiel der Sportverein bezahlt werden. Oder die Musikschule. Eine damit verbundene App soll zudem einen Überblick über das Angebot im eigenen Heimatort geben.

MEHR GELD FÜR FAMILIEN, DIE NICHT SO VIEL HABEN

Es ist heute nicht leicht, den „Flickenteppich“ an Einzelleistungen für Kinder und Familien zu überblicken. Und die Beantragung ist oft kompliziert. Die SPD will darum die Leistungen bündeln, das System einfacher machen – und gerechter. Denn über Steuer-Freibeträge bekommen Spitzenverdiener bisher mehr Geld für ihre Kinder als Familien mit kleinen Einkommen.

Darum hat die SPD ein „neues Kindergeld“ entwickelt. Alle Familien sollen zunächst den gleichen Basisbetrag von monatlich 250 Euro für jedes Kind bekommen. Darin enthalten sind auch die 30 Euro auf der Kinderkarte. Und Familien mit wenig Geld bekommen, je nach Einkommen, mehr. Das neue Kindergeld ersetzt damit auch andere Leistungen, die bisher einzeln beantragt werden mussten. Im Ergebnis heißt das: Je nach Lebensalter des Kindes soll es bis zu 478 Euro pro Monat geben:

- Bis 6 Jahre: 400 Euro
- 6 bis 13 Jahre: 458 Euro
- Ab 14 Jahre: 478 Euro

Diese Höchstbeträge werden nach und nach bis auf den Basisbetrag verringert, wenn die Eltern mehr verdienen. Spitzenverdiener mit 270.000 Euro oder mehr Jahreseinkommen werden dann über ihre Steuer-Freibeträge aber nicht mehr fast 300 Euro pro Kind und Monat bekommen – sondern wie andere auch den Basisbetrag. Das ist vernünftig und gerecht!??

VERMÖGENSTEUER BESCHLOSSEN SUPERREICHE SOLLEN MEHR VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN

Wohlstand für viele, nicht nur Reichtum für wenige. Die SPD will die Schere zwischen Arm und Reich schließen. Denn wenn viele wenig und wenige sehr viel haben, droht die Spaltung

unserer Gesellschaft. Wir wollen aber den Zusammenhalt in unserem Land stark machen. Dafür will die SPD eine vernünftige Besteuerung sehr großer Vermögen wieder einführen. Es geht um Multimillionäre und Milliardäre. Sie sollen einen angemessenen Anteil beitragen – für die Infrastruktur, für bezahlbares Wohnen und für den Klimaschutz. Mehr Verantwortung für Superreiche. Ein gerechteres Steuersystem, mit dem alle mit kleinen und mittleren Einkommen weniger zahlen.

Das hat der Parteitag beschlossen. Hier die Eckpunkte:

- Die Situation: Die Superreichen, nur ein Prozent der privaten Haushalte, besitzen bis zu einem Drittel des gesamten Vermögens in Deutschland. Und allein in den Städten und Gemeinden stehen notwendige Investitionen von über 150 Milliarden Euro an: für Schwimmbäder zum Beispiel oder natürlich auch für die Schulen.
- Im internationalen Vergleich: Die OECD fordert Deutschland immer wieder auf, Vermögen angemessen zu besteuern. So wie zum Beispiel Großbritannien, die USA oder auch Frankreich.
- Die Perspektive: Eine Vermögensteuer von nur 1 % würde rund 9 Milliarden Euro einbringen. Natürlich mit hohen Freibeträgen, damit auch nur wirklich Reiche zahlen müssen – und mit einer Stufenprogression von 1,5 % und 2 % für die Superreichen.
- Unser Ziel: Ein insgesamt gerechteres Steuersystem! Und dazu gehört auch: die Entlastung von Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen. Denn sie übernehmen schon genug Verantwortung!

Die SPD will mehr für viele – statt für wenige Superreiche! Ein Land, das zusammenhält.

FRIEDEN SICHERN UND EUROPA STARK MACHEN SOZIALDEMOKRATISCHE AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK FÜR EINE NEUE ZEIT

In einer Welt, die sich rasant verändert und in der die Grundlagen der internationalen Ordnung in Frage gestellt werden, setzt die SPD auf mehr Zusammenarbeit, Friedens- und Entwicklungspolitik.

Deutschland soll sich an die Spitze einer Allianz stellen für grenzüberschreitende Zusammenarbeit in politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aufgaben – eine starke Bewegung gegen Nationalisten und Populisten. Denn vor allem ein einiges und starkes Europa kann in der globalisierten Welt mit polarisierenden Großmächten als gewichtige Stimme wahrgenommen werden.

Europa muss Rüstungskontroll- und Abrüstungsinitiativen für den europäischen Kontinent entwickeln – auch, um sich nicht zunehmend dem wechselnden Verhältnis der Großmächte anzuliefern. Eine nuklearwaffenfreie Welt bleibt das langfristige Ziel sozialdemokratischer Sicherheitspolitik.

Die SPD steht für ein sozial gerechtes Europa, das den Menschen dient. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft ab Sommer 2020 soll die EU in zentralen Themen voranbringen – zum

Beispiel beim Eurozonen-Haushalt, bei der Finanztransaktionssteuer, Steuergerechtigkeit, für europäische Mindestlöhne, Gleichstellungspolitik und eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.

KLIMASCHUTZ: SOZIAL, ÖKOLOGISCH, DEMOKRATISCH, GERECHT

Die SPD will den Klimaschutz vorantreiben: sozial gerecht. Und das heißt unter anderem, 65 % Erneuerbare Energien bis 2030 zu schaffen – und 100 % bis 2050. Um dem Ausbau der Windenergie einen neuen Schub zu geben, sollen zum Beispiel die Menschen direkt davon profitieren – durch die Gründung von Genossenschaften etwa. Dachflächen und öffentliche Grundstücke sollen intensiv für Wind- und Sonnenenergie genutzt werden. Mit den Städten und Gemeinden soll die Einführung eines 356-Euro-Ticket für den öffentlichen Nahverkehr beraten werden. Dieses „Jahres-Abo“ soll vielen Menschen den Umstieg auf Busse und Bahnen erleichtern. Und die Entwicklung von Elektroautos und von alternativen Kraftstoffen soll mehr gefördert werden.

EIN NEUER SOZIALSTAAT ALS PARTNER, EINE GRUNDSICHERUNG FÜR KINDER UND MEHR ANSTRENGUNGEN BEIM KLIMASCHUTZ. AM ZWEITEN TAG HAT DER SPD-PARTEITAG WICHTIGE BESCHLÜSSE ZUR PROGRAMMATISCHEN ERNEUERUNG GEFASST.

„Wir wollen Hartz IV hinter uns lassen“ sagte die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer. Solidarität, Zusammenhalt, Menschlichkeit – das sind die Grundsätze für den sozialdemokratischen Sozialstaat der Zukunft. Mehr Chancen, mehr Sicherheit und mehr Gerechtigkeit mit einem Sozialstaat als Partner. Das steht für die SPD im Mittelpunkt.

HARTZ-IV-SANKTIONEN ENTSCHÄRFEN

Zudem sollen die möglichen Sanktionen bei Pflichtverletzungen deutlich entschärft werden. In einem ersten Schritt soll ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom November umgesetzt werden, nach dem die Jobcenter die monatlichen Leistungen nicht stärker als um 30 Prozent kürzen dürfen. Das sozioökonomische und soziokulturelle Existenzminimum soll laut SPD-Beschluss gewahrt bleiben. Strengeren Sanktionen für unter 25-jährige und Kürzungen von Wohnkosten sollen abgeschafft werden.

BEI UNS KOMMEN DIE KLEINEN GROß RAUS

Einstimmig wurde auch die sozialdemokratische Kindergrundsicherung beschlossen. Das Ziel: Deutschland soll das kinderfreundlichste Land in ganz Europa werden! Um das zu erreichen, will die SPD das Dickicht der verschiedenen Familienleistungen wie Kindergeld, Kinderzuschlag, Hartz IV für Kinder und Teilhabeleistungen bündeln.

Vom neuen, erhöhten Kindergeld sollen monatlich 30 Euro auf ein Teilhabekonto in Form einer Kinderkarte fließen. Nutzen können soll man das für gebührenpflichtige Angebote wie Sportvereine, Schwimmbäder oder Musikschulen.

1,5 MILLIONEN NEUE WOHNUNGEN

Auch das Thema Mieten und Wohnen wurde beraten. Die SPD will mit einem Programm für „Neues Soziales Wohnen“ 1,5 Millionen bezahlbare Wohnungen bauen. Ziel ist, dass

Normalverdiener höchstens 30 Prozent ihres Haushaltseinkommens für die Miete ausgeben müssen.

Auch die Spekulation mit Wohnraum und Boden soll gestoppt werden. Und Mieten in beliebten Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt für fünf Jahre so gut wie eingefroren werden.